



Hagen Reinhold



ABGEORDNETER DER FREIEN DEMOKRATEN IM BUNDESTAG

Liebe Leserinnen und Leser,

die Woche bot sofort zu Beginn einen schnellen Start in den parlamentarischen Alltag und nahm im Laufe der Tage noch mehr Fahrt auf. Bundesminister Scholz stand diese Woche unter Dauerbeschuss, ich habe der Bundesregierung mit meinem Antrag aufgezeigt, dass es für den Schiffbau und die Werten auch nach der Corona-Krise eine Perspektive gibt. Nord-Stream II ist mit dem Mordversuch an Nawalny inzwischen endgültig zum Politikum geworden, dazu gab es eine aktuelle Stunde im Bundestag. Im Bauausschuss waren neben der Antragsberatung noch zwei öffentliche Anhörungen zum studentischen Wohnen und zum Tierwohl bei gewerblichen Tierhaltungsanlagen, außerdem konnte ich einen Techno-Club am Tag sehen. Auch im Wahlkreis war einiges los, unser Parteifreund Toralf Schnurr tritt in Waren/Müritz am Sonntag zur Bürgermeisterwahl an und hat gute Chance gewählt zu werden. - aber lesen Sie selbst...

Ihr Hagen Reinhold.

Sitzungswoche im Deutschen Bundestag

WAS WAR IM AUSSCHUSS:

Bauausschuss

Gleich drei Mal kam der Bauausschuss in dieser Sitzungswoche zusammen. Die Woche startete am Montag mit einer Öffentlichen Anhörung zum Thema Tierwohl. Wir hatten Sachverständige aus verschiedenen Bereichen im Ausschuss und berieten mit Ihnen, wie wir das Tierwohl in gewerblichen Tierhaltungsanlagen verbessern können. Der vorliegende Gesetzentwurf der Koalitionsfraktionen greift dabei wie erwartet viel zu kurz. CDU/CSU und SPD konnte sich lediglich auf eine Änderung des Baugesetzbuches einigen. Das war aber nur ein Feigenblatt der inzwischen dauerhaft zerstrittenen Koalition. Wir Freie Demokraten legten parallel unseren deutlich umfangreicheren Antrag vor, in dem wir aufführen, was wirklich geändert werden muss. Was den Bauern nämlich die Hände bindet, sind die überbordenden Vorschriften wie die Technische Anleitung zum Schutz der Luft (TA Luft), das Bundesimmissionschutzgesetz (BImSchG) und die Umweltverträglichkeitsprüfungen, die jeden Ausbau unmöglich machen.

In der regulären Sitzung des Bauausschusses am Mittwoch haben wir uns unter anderem mit einem Antrag der regierungstragenden Fraktionen befasst, der die Bauvorhaben des Bundes zu Vorzeigeprojekten machen soll. Auch hier konnte sich die Koalition nicht auf einen großen Wurf einigen und brachte nur inhaltsleere Platzhalter als vermeintliche Forderungen zustande. Dass wir klimaneutral bauen müssen, ist inzwischen allgemein bekannt. Eine deutliche Anweisung vom Parlament, wie die Bundesregierung das machen soll, fehlte aber. Unverbindlichkeit war hier das Maß der Dinge.

In der anschließenden zweiten Öffentlichen Anhörung berieten wir uns über zwei Anträge der Grünen und der Linken. Beide Parteien sahen schlussendlich als Lösung für den angespannten Wohnungsmarkt: mit vielen Milliarden Steuergeld relativ wenig Wohnungen zu bauen. Die Grünen wollten außerdem noch eine radikal verschärfte Mietpreisbremse. Das Problem ist aber zu groß für einfache und populistische Lösungen. Wir müssen den ländlichen Raum endlich digitalisieren, um Studieren von überall zu ermöglichen. Wir müssen die Grunderwerbsteuer und die Baukosten senken. Ich habe auch nicht verstanden, warum wir uns nur mit der Wohnungsnot von Studenten befassen. Unsere Auszubildenden sind genau wie unsere Studenten die berufliche Zukunft dieses Landes und alle leiden gleichermaßen unter der Wohnungsnot. Wir müssen für alle Abhilfe schaffen.

[Hier finden Sie unseren Antrag.](#)



Wirtschaftsausschuss

Die Auswirkungen der Corona-Pandemie wurden in dieser Woche noch einmal als großes Thema im Wirtschaftsausschuss aufgerufen. Um die Auswirkungen abzumildern, hat der Koalitionsausschuss die Verlängerung einiger der zeitlich befristeten Maßnahmen beschlossen, unter anderem die Verlängerung der Bezugsdauer des vereinfachten Kurzarbeitergeldes auf bis zu 24 Monate, die Verlängerung des Überbrückungshilfen-Programms für KMUs bis zum 31.12.2020 oder auch die Verlängerung der Aussetzung der Insolvenzantragspflicht bei Überschuldung bis Ende des Jahres. Zudem soll ein auf 2020 und 2021 befristetes Förderprogramm in Höhe von 500 Mio. Euro zur Corona-gerechten Umrüstung von Klimaanlagen in öffentlichen Gebäuden und Versammlungsstätten finanziert werden, da Klimaanlagen wiederholt ein begünstigender Faktor bei bisherigen Corona-Ausbruchsgeschehen waren.

Zudem berichtet der Bundesminister darüber, dass bislang knapp 70 Unternehmen verschiedener Branchen und Größenklassen Interesse an Stabilisierungsmaßnahmen des WirtschaftsStabilisierungsfonds (WSF) bekundet haben. Der WSF hat bisher 3 Anträge im Volumen von über 6 Mrd. Euro bewilligt. Wie viele Fälle es im WSF geben wird, lässt sich allerdings nur schwer vorhersagen. Anträge unter dem Großbürgschaftsprogramm des Bundes (seit Mitte März) stellen sich wie folgt auf: 9 Bürgschaftszusagen im Gesamtvolumen von 2,7 Mrd. Euro und 2 Anträge im Volumen von rund 565 Mio. Euro, die noch offen sind. Bei der Soforthilfe für kleine Unternehmen und Soloselbständige wurden rund 2,3 Mio. Anträge gestellt. Rund 1,9 Mio. Anträge im Volumen von etwa 14,3 Mrd. Euro wurden bewilligt.

Das zeigt aber auch, dass viel Geld in die Hand genommen wird - mit ungewissem Ausgang. Im Moment scheint es, als würde aus sozialer Marktwirtschaft gelenkte Staatswirtschaft. Die Bilanz des Schadens können wir nicht ewig aufschieben und die Programme auch nicht auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschieben. Wir müssen von der Linderung der Coronafolgen hin zur Gestaltung gesunder, zukunftsfähiger Strukturen kommen - dazu gehört auch, die Verlängerung des Kurzarbeitergeldes genau zu prüfen.

Anstelle von immer mehr Rettungsschirmen und Nothilfen muss jetzt ein Ausstiegsplan bei staatlichen Beteiligungen her. Wir haben viele eigene gute Anträge gestellt, haben zum Beispiel ein "**Akut-Programm gegen die Corona-Wirtschaftskrise**" und ein Wachstumspaket vorgeschlagen, das unsere Handschrift trägt. Das hätte man jetzt auf den Weg bringen können und so Strukturdefizite angehen als auch Zukunftsinvestitionen anschieben können. Gute Vorschläge, wie der Verzicht auf die MWSt-Senkung, schnelleren Bürokratieabbau und die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren wurden von der Bundesregierung abgelehnt.

Auch die Insolvenzpause für die Unternehmen kann keine Dauerlösung sein. Was wir brauchen sind vielmehr eine überfällige Reform der Einkommenssteuer, eine Beitragsbremse für Sozialversicherungsbeiträge und den Fokus auf Zukunftsprojekten. Dazu zählen für uns Freie Demokraten unter anderem der zügige Breitbandausbau für die Schulen und dass das digitale Lernen endlich weiterentwickelt wird, aber auch eine zukunftsfähige Wasserstoffstrategie und wirksame Klimainnovationen.



Im Wirtschaftsausschuss wurde dann auch noch mein initiiertes Antrags zur Rettung der Werften und der Schiffbauindustrie durch Aufträge der Öffentlichen Hand debattiert. Im Antrag fordern wir Freien Demokraten, dass zivile Schiffbauprojekte des Bundes früher als bisher geplant umgesetzt werden sollten. Außerdem könnten militärische Neu- und Ersatzbeschaffungen der Marine zügig ausgeschrieben werden, um die Branche zu unterstützen. Um den Industriezweig zukunftsfest aufzustellen, kann der Bund bei den Neubauprojekten auf fortschrittliche Antriebstechnologien setzen und so deren Entwicklung weiter fördern, da er bei der Umstellung auf CO₂-neutrale Antriebe ohnehin eine Vorbildfunktion erfüllen sollte. Das heißt im Umkehrschluss aber nicht, dass der Staat der bestehenden deutschen Wirtschaft und den Unternehmen, die nachher auch Steuern zahlen jetzt im wahrsten Sinne des Wortes das Wasser abgräbt, in dem er deren Aufgaben übernimmt. Denn all die Konjunkturpakete können wir uns nur leisten, wenn wir sie mit Steuergeldern irgendwann zurückzahlen. Steuern zahlen aber nun einmal die Unternehmen und nicht der Staat. Sonst hättet ihr das Perpetuum Mobile erfunden - und das hat noch keiner geschafft, sondern alle sind daran immer nur gescheitert.

[Hier finden Sie den Antrag der FDP.](#)

WAS WAR IM PLENUM:

Finanzminister Scholz und die Steuerschätzung 2021

Die Sitzungswochen sind oftmals sehr eng getaktet und derzeit häufen sich die ungeplanten Aufgaben. Am Mittwoch fand zwischen der regulären Sitzung des Bauausschusses und der Anhörung zum studentischen Wohnen noch die Regierungsbefragung mit Bundesfinanzminister Scholz statt. Die Befragung warf aus zwei Punkten Licht auf grundlegende Entscheidungen im nächsten Jahr. Erstens muss die Große Koalition nach der aktuellen Steuerschätzung mit rund 20 Milliarden Euro weniger im nächsten Jahr auskommen. Das wird für die ausgabefreudigen Koalitionäre ein Problem, denn das sprudelnde Steuergeld war der einzige Kitt, der die beiden zusammengehalten hat.

Außerdem musste sich Bundesfinanzminister Olaf Scholz gleich dreimal in dieser Woche Fragen zu den Cum-Ex- bzw. Cum-Cum-Geschäften der Privatbank Warburg stellen. Zuvor war bekannt geworden, dass Scholz in seiner Zeit als Erster Bürgermeister der Stadt Hamburg mehrmals mit Vertretern der Bank gesprochen hatte. Seinerzeit wehrte sich die Warburg-Bank gegen Rückzahlungsforderungen der Steuerbehörden im Zusammenhang mit den dubiosen Aktiengeschäften. 2016 verzichtete die Hamburger Finanzverwaltung auf die Rückzahlung von 47 Millionen Euro, die der Bank zuvor als Kapitalertragsteuer erstattet worden waren. In der Sitzung des Finanzausschusses, bei der Befragung der Bundesregierung im Plenum und bei der zu diesem Thema angesetzten aktuellen Stunde, räumte Scholz ein, mit Vertretern der Bank gesprochen zu haben, bestritt aber politische Einflussnahme auf das Steuerverfahren. Ansonsten berief sich der Finanzminister auf Erinnerungslücken. Bundesfinanzminister und Kanzlerkandidat Olaf Scholz sollte in den nächsten Wochen noch gute Antworten auf die Fragen finden, wie sein Staatssekretär in den aktuellen Wirecard-Skandal und er selbst in den CumEx-Steuerskandal in Hamburg 2016 verwickelt sind. Zumindest die Machenschaften im Wirecard-Skandal können wir noch aufdecken, darum haben die Fraktionen der FDP, der Grünen und der Linken gemeinsam für die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestimmt. Die SPD sollte sich die Frage stellen, ob sie wirklich mit einem Kanzlerkandidaten antreten möchte, der sich solchen Vorwürfen ausgesetzt sieht.



Vorfahrt für die Marktwirtschaft - Einführung einer Beteiligungsbremse

Es ist in den vergangenen Jahren nicht gelungen, den Umfang der entbehrlichen Bundesbeteiligungen zu reduzieren. Es kommen eher immer neue Beteiligungen wie an der Commerzbank und dem Stromnetzbetreiber 50 Hertz dazu, die weiteres öffentliches Kapital binden. Im Zuge der Corona-Pandemie wurde der Wirtschaftsstabilisierungsfonds ins Leben gerufen, der in Ausnahmefällen auch staatliche Beteiligungen vorsieht. Bis zu 100 Milliarden Euro stehen der Bundesregierung hierfür zur Verfügung. Bisher hat sich hieraus lediglich eine Beteiligung an der Lufthansa AG ergeben, aber es wird schon kräftig für eine Bundesbeteiligung in der deutschen Stahlindustrie geworben. Die Bundesregierung selbst plant eine Beteiligung am Stromnetzbetreiber TenneT. Die bestehenden Regelungen reichen offensichtlich nicht aus, um die Bundesregierung zur Zurückhaltung zu bewegen. Wir Freie Demokraten fordern daher eine intensivere Privatisierung bestehender Beteiligungen und die Verankerung einer Beteiligungsbremse in der Bundeshaushaltsordnung. Langfristig muss das Ziel sein, den Umfang der staatlichen Beteiligungen deutlich zu reduzieren. Bis Ende 2022 solle das Gesamtvolumen staatlicher Beteiligungen wieder auf das Niveau vor Beginn der Corona-Krise zurückgeführt werden.

Hier finden Sie unseren Antrag.

Praxistaugliche und intelligente COVID-19 Teststrategie

Wir brauchen für einen vernünftigen und rationalen Umgang mit der Pandemie dringend eine nationale zielgerichtete Teststrategie. Strukturiertes Testen verringert dabei den Anteil falsch-positiver und falsch-negativer Testergebnisse und erhöht die Akzeptanz des Testens in der Bevölkerung. Wir wollen die Strategie sowie die Quarantäne- und Testempfehlungen immer anhand der wissenschaftlich aktualisierten Infektionsdynamik und Viruslast anzupassen. Wir lernen immer besser, Sars-CoV-2 zu verstehen und können uns trauen, das Land auch noch weiter zu öffnen. Andere Länder wie die Schweiz und Schweden fahren aktivere Teststrategien und können das Infektionsgeschehen besser abbilden, als wir. Das ist auch deshalb keine Überraschung, weil viele unserer Gesundheitsämter immer noch nicht mit vernünftiger Technik und IT ausgestattet sind. Mein Mitarbeiter Moritz Harrer durfte die Ämter-Odyssee in MV am eigenen Leibe ertragen. Als **Reiserückkehrer aus einem Corona-Risikogebiet** (Île-de-France) wollte er nach Ankunft in Deutschland den verpflichtenden kostenlosen PCR-Test machen lassen, um die zweiwöchige Quarantäne zu verkürzen. Beim Greifswalder Abstrichzentrum zunächst abgewiesen, wurde er von Behörde zu Behörde verwiesen, um das notwendige Fax für einen Test zu erhalten. Mal war das dortige Gesundheitsamt zuständig, mal die Corona-Hotline des Landkreises, mal sollte er zum Hausarzt, mal sich bei der Kassenärztlichen Vereinigung melden, bis er sogar direkt an das Krankenhaus und deren Notaufnahme verwiesen wurde. Erst mit vier Tagen Verzögerung konnte er schließlich seinen ersten Corona-Test machen, dem der Zweite eine Woche später folgte. In der Zwischenzeit musste er noch **einen extra Antrag stellen**, um im Falle zweier negativer Tests überhaupt eine Verkürzung der Quarantänezeit zu erwirken. Erst nach 12 Tagen folgte das Ende der häuslichen Isolierung.

Hier finden Sie unseren Antrag.

Der Fall Nawalny und Nord Stream II - Die Wahl zwischen Pest und Cholera

Der Giftanschlag auf den russischen Oppositionellen Alexej Nawalny ist ein skrupelloser Mordversuch, der aufgeklärt werden muss. Bei der Suche nach einer passenden Antwort gerät nun auch das beinahe fertig gestellte Pipeline-Projekt Nord Stream II in den Fokus. Die Forderung, das Projekt einzustellen, ist nicht neu, gewinnt aber aus aktuellem Anlass immer mehr Unterstützung. Auch wir Freien Demokraten sprechen uns für ein Moratorium des Projektes aus, bis sich die russischen Behörden um ehrliche Aufklärung bemühen. Den Bau endgültig einzustellen, wäre aber falsch. Erdgas spielt beim Erreichen der Pariser Klimaziele als Übergangsenergieträger eine wichtige Rolle. Es hat die geringsten CO₂-Emissionen aller fossilen Energieträger und eignet sich bei der Verstromung als zuverlässiger Grundlastzeuger. Besonders die Bundesrepublik ist auf Gas als Energieträger angewiesen, wenn wir 2022 aus der Kernenergie und bis 2038 aus der Kohleverstromung aussteigen wollen und die Versorgung noch nicht vollständig aus regenerativen Energiequellen sichergestellt werden kann. Für einen partnerschaftlichen Umgang mit einer zukünftigen russischen Regierung ist Nord Stream II genau so wertvoll, wie für den diversifizierten Energiemix im europäischen Gas- und Energiemarkt der Zukunft.

WAS WAR IM WAHLKREIS:

Spontan-Demo mit Fischern in Wolgast

In dieser Woche hat Landesinnenminister Caffier medienwirksam ein neues Schlauchboot an die Wasserschutzpolizei in Wolgast übergeben. Wir haben die Gelegenheit genutzt, um uns gemeinsam mit Fischern zwischen den Kamerateam zu positionieren und eine Spontan-Demo abzuhalten.

Grundsätzlich begrüßen wir eine bessere Ausstattung für die Polizei, denn schnellere Boote bedeuten auch schnellere Handlungsmöglichkeiten gegen Unrecht. Leider musste die Bevölkerung im Juli tagelang dabei zusehen, wie Greenpeace wiederholt gegen geltendes Recht verstoßen hat und Steinbrocken im Adlergrund versenkte, ohne daran gehindert zu werden - und das hatte mit der Technik weniger zu tun als der simple Frage: Wer ist eigentlich zuständig? Die Wasserschutzpolizei verwies an die Bundespolizei, die Bundespolizei wiederum an das Bundesamt für Schifffahrt und Hydrographie in Hamburg. Parallel wurde das Hafenamts in Sassnitz tätig und letztendlich dauerte das alles so lange, bis Greenpeace von sich aus aufhörte, weil das Wetter schlecht wurde. Fischer sahen sich indes genötigt, den Zugang zum Hafen mit einer Demo zu versperren, um das Beladen von Steinen zu unterbinden.

Es hätte nicht dieses Beispiels gebraucht, um zu wissen, dass wir hier dringend Reformen brauchen. Schon vor einem Jahr habe ich eine Initiative in den Bundestag eingebracht, in der ich eine allumfassende Küstenwache gefordert habe, die genau diese Zuständigkeitsprobleme beheben sollte: Eine Behörde für alle Fälle! Denn nicht nur schnelle Boote führen zu schnellerem Handeln gegen Unrecht, auch straffe Behördenstrukturen und geklärte Zuständigkeiten tragen dazu bei.

Besonders gefreut hat mich an der Demo, dass wir wieder an der Seite von Landnutzern waren. Nach den Bauerndemos, bei denen ich letzten Herbst war, haben sich in Wolgast über 20 Fischer von Usedom, der Küste und Rügen binnen weniger Stunden formiert, um bei Lorenz Caffier den Finger in diese Wunde zu legen. Sie wollten damit zum Ausdruck zu bringen, dass eine Gruppe wie Greenpeace die Gemeinnützigkeit nicht verdient hat, wenn sie die steuerbefreiten Spendengelder dazu nutzen, die zu erwartende Strafe von 50.000 Euro damit zu bezahlen. Auch in diesem Punkt sind wir Freien Demokraten einer Meinung mit den Fischern im Land.



On the Road - Bürgertour im Sommer

In den Sommermonaten ist unser mobiles Bürgerbüro ja bekanntlich an der Küste sehr präsent, doch auch den Rest unseres schönen Bundeslandes wollen wir während dieser Zeit nicht aus den Augen verlieren. So war das Bürgermobil in den letzten beiden Wochen in Güstrow, Bad Doberan, Rostock, Boizenburg und Zarrentin.

Dabei ist Corona auch bei den Bürgern im Westen Mecklenburg-Vorpommerns eines der zentralen Themen, das die Menschen im Land umtreibt. Sie sagen, dass sich sorgen auch um ihre Renten oder ihre Meinungsfreiheit sorgen. Immer wieder hören wir auf den Märkten, dass man "heute oft die moralische Keule schwingt und man eben nicht mehr alles sagen dürfe" und oftmals ein wirklich sachlicher Dialog nicht stattfindet. Für uns Freie Demokraten gilt: Freiheitseinschränkungen, wie sie durch die Corona-Pandemie notwendig geworden sind, müssen jeden Tag auf auf Sinnhaftigkeit und Notwendigkeit überprüft und dann auch begründet werden.

Nächste Woche kommt die FDP-Tour nach Parchim und Wismar. Das ist nicht nur eine gute Gelegenheit, um mit Bürgern und Gleichgesinnten ins Gespräch zu kommen. Die aktuellen Termine sind unter www.fdp-tour.de zu finden.

- ▶ 16.09.2020, 09:00 - 14:30 Uhr, **Parchim** (Schuhmarkt)
- ▶ 17.09.2020, 09:00 - 15:00 Uhr, **Wismar** (Markt)



Bildungskampagne der Fraktion: "abc Bau" MV

Im Rahmen unserer Bildungskampagne hatte ich die Chance, meine frühere Ausbildungsstätte zu besuchen. Vor 23 Jahren wurde ich hier bei der "abc Bau" zum Maurer ausgebildet. Im Gespräch mit dem Geschäftsführer Bernd Rackow und den Ausbildern habe ich mir ein Bild gemacht, wie die Berufsausbildung heute aussieht. Obwohl sich viel verändert hat und die Digitalisierung auch hier angekommen ist, bleiben die grundlegenden Dinge gleich, wie ich sehen konnte. Ganz nach dem Motto unserer Kampagne "Dein Talent, deine Zukunft" werden weiterhin junge Menschen fit für die Zukunft gemacht und durch die Branche unterstützt. Kostenlose Azubitickets sind da nur ein Beispiel. Daher: Weitermachen!



Diesen Sonntag Bürgermeisterwahl in Waren/Müritz

Seit Monaten kämpft unser Parteikollege Toralf Schnur unermüdlich um das Amt des Bürgermeisters in Waren. Nun hat der Wahlkampf die Zielgerade erreicht: Am Sonntag wird gewählt! Seine Chancen stehen nicht schlecht, wenn man bedenkt, dass Toralf bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr mit 1744 Stimmen das drittbeste Ergebnis eingefahren hat und er als Vorsitzender der Fraktion FDP/MUG genau so viele Sitze wie die CDU hat.

Ich wünsche Toralf ein gutes Gelingen und bitte euch, ihn in den letzten Stunden des Wahlkampfes zu unterstützen, wo und wie ihr nur könnt. Ein liberaler Bürgermeister in Waren wäre ein großartiges Signal für die kommenden Landtags- und Bundestagswahlen - und jede einzelne Stimme kann den Unterschied machen! Also ruft eure Verwandten, Freunde und Bekannten in Waren auf, Stimmung für Toralf und die liberale Sache zu machen und ihre Stimme der FDP und unserem guten Mann vor Ort zu geben!

Neues aus der Landesgruppe Ost

Die Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten lädt zu Veranstaltungen ein.



Veranstaltungen zu Vernetzter Außenpolitik

Wo liegt die Vernetzung, wo der große Leitgedanke, der deutsche Außenpolitik leiten soll? Über die Verantwortung einer kohärenten Außen-, Sicherheits- und Entwicklungspolitik, die Deutschlands Werte und Interessen im Verbund mit unseren Partnern und Verbündeten in EU und NATO wirksam umsetzt, wollen wir diskutieren. Die drei Bundestagsabgeordneten Dr. Marcus Faber, Ulrich Lechte und Olaf in der Beek stellen das Strategiepapier der Fraktion der Freien Demokraten im Deutschen Bundestag vor und laden ein, über die Verantwortung Deutschlands in der Welt in den Dialog zu treten.

Wo und wann?

Am Montag, 21. September 2020, 18 Uhr, im Radisson Blu Fürst Leopold Hotel, Friedensplatz 30, 06844 Dessau-Roßlau.

sowie

am Dienstag, 22. September 2020, 18 Uhr, bei Firma Krebs & Aulich GmbH Neustadter Ring 11 38855 Wernigerode.

Bitte beachten Sie: Die Veranstaltung wird unter strenger Einhaltung der Bestimmungen zum Pandemieschutz durchgeführt. Vor Ort ist nur ein kleines Publikum zugelassen. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Bitte planen Sie genügend Zeit für den Einlass ein und halten Sie bei Einlass und Empfang mindestens 1,5 Meter Abstand.

Unter lg-ost.fdp@bundestag.de können Sie sich anmelden. Wer sich zuerst anmeldet, bekommt Zutritt.



Veranstaltung "30 Jahre Einheit in Freiheit"

Am 3. Oktober 2020 jährt sich der Tag der politischen Einheit Deutschlands zum dreißigsten Mal. Für die Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten Anlass genug, mit Experten aus Politik und Gesellschaft über das Erreichte, weitere Herausforderungen und Chancen der Deutschen Einheit zu sprechen. Wo haben sich Ost und West schon angenähert? Wie schaffen wir es, mit Mut, Optimismus und Leidenschaft die Deutsche Einheit in den kommenden Jahren weiterzuentwickeln.

Am Dienstag, 22. September 2020, ab 19 Uhr, im Kurländer Palais Dresden, Tzschirnerplatz 3-5, 01067 Dresden diskutieren dazu

- ▶ Linda Teuteberg, Bundestagsabgeordnete und migrationspolitische Sprecherin der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag, Vorsitzende der FDP Brandenburg
- ▶ Frank Müller-Rosentritt, Bundestagsabgeordneter, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Vorsitzender der Freien Demokraten in Sachsen
- ▶ Torsten Herbst, Bundestagsabgeordneter, Obmann im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur
- ▶ Anja Goerz, Autorin des Buches "Der Osten ist ein Gefühl"

- ▶ Florian Ranft, Leiter des Programmbereichs Strukturwandel des Progressiven Zentrums in Berlin

Bitte beachten Sie auch hier: Die Veranstaltung wird unter strenger Einhaltung der Bestimmungen zum Pandemieschutz durchgeführt. Vor Ort ist nur ein kleines Publikum zugelassen. Eine Anmeldung ist zwingend erforderlich. Die Teilnehmerzahl ist begrenzt. Bitte planen Sie genügend Zeit für den Einlass ein und halten Sie bei Einlass und Empfang mindestens 1,5 Meter Abstand.

Unter lg-ost.fdp@bundestag.de können Sie sich anmelden. Wer sich zuerst anmeldet, bekommt Zutritt.

Alle, die keinen Platz vor Ort mehr bekommen, können die Veranstaltung auch in einem LiveStream auf der YouTube-Seite der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag verfolgen.

[Hier](#) geht es zur Live-Übertragung.

Terminhinweis NEUZEITSTIMMUNG " Chancenland Ost"

30 Jahre nach der Wiedervereinigung richten wir unseren Blick nach vorne: Wie werden wir 60 Jahre Wiedervereinigung feiern? Welche Chancen bietet Ostdeutschland als Wirtschaftsstandort der Zukunft?

Am 30. September, um 19:30 Uhr, findet die Veranstaltung der FDP-Bundestagsfraktion live vor Ort in Berlin und digital im Livestream statt.

Unter anderem diskutieren Claus Ruhe Madsen, Oberbürgermeister der Hansestadt Rostock und erster OB ohne deutschen Pass, Viola Klein, Gründerin des Dresdener Softwareentwicklers Saxonia Systems Holding GmbH und Professor Karl-Heinz Paqué, ehemaliger Finanzminister von Sachsen-Anhalt und Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Otto-von-Guericke-Universität Magdeburg.

Unter [neuzeitstimmung.fdpbt.de](https://www.neuzeitstimmung.fdpbt.de) oder bei [Facebook](#) können Sie sich für die Vor-Ort-Veranstaltung anmelden. Wer sich zuerst anmeldet, bekommt Zutritt.

Die Teilnahme am Livestream steht auch ohne vorherige Anmeldung offen.

Aus dem Leben eines Abgeordneten oder wie ich als steter Tropfen den Stein höhle

Es gibt Neuigkeiten bei der Bundesstiftung Bauakademie. Der Stiftungsrat, in dem ich Mitglied bin, hat beschlossen, einen neuen Direktor zu suchen. Dazu werden wir eine neue Findungskommission einsetzen. Die letzte Findungskommission hatte keinen Vertreter der Opposition dabei. Die Regierungskoalitionen dachten, sie würden das zusammen mit einigen Vertretern der Bundesministerien alleine schaffen und das Ergebnis war bezeichnend: Diverse Klagen vor dem Arbeitsgericht, bei denen die Bundesstiftung krachend gescheitert ist. Ein enormer politischer Schaden, Vertrauensverlust in der Öffentlichkeit, noch bevor der erste Stein gesetzt wurde und viel verschwendetes Steuergeld sind die Folgen. Schon von Beginn an hatte ich immer wieder mögliche Probleme aufgezeigt, musste manchmal den Kollegen ihre eigene Satzung erklären und kritisierte die Intransparenz des ganzen Verfahrens. Jetzt ist scheinbar die Erkenntnis gereift, dass engagierte und informierte Abgeordnete keine Krücke, sondern eine wichtige Hilfe sein können. Ich bin jetzt als Mitglied der FDP-Bundestagsfraktion der einzige Vertreter der Opposition in der neuen Findungskommission. Das ist in solchen Gremien eine absolute Seltenheit, da eine Beteiligung der Opposition keine Pflicht ist. Manchmal ist die Große Koalition doch für eine Überraschung gut.

Mehr dazu finden Sie hier.

Hinweis

Wollen Sie den Newsletter nicht weiter abonnieren, dann geben Sie bitte unter folgender Email-Adresse: hagen.reinhold@bundestag.de bescheid. Gefällt Ihnen mein Newsletter, dann freue ich mich, wenn Sie interessierte Bürger, Freunde und Bekannte auf meinen Newsletter aufmerksam machen. Diese können sich unter gleicher E-Mail-Adresse oder auf meiner Homepage: <https://hreinhold.abgeordnete.fdpbt.de/> anmelden.

Kontakt Daten

Hagen Reinhold, MdB

Vorsitzender der Landesgruppe Ost der Fraktion der Freien Demokraten
Deutscher Bundestag | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-78388 | Telefax: +49 30 227-70390
hagen.reinhold@bundestag.de



Verantwortlich

Hagen Reinhold, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

E-Mail: hagen.reinhold@bundestag.de, Internet: <https://www.hagen-reinhold.de>

Wenn Sie diesen Service nicht mehr nutzen wollen, können Sie ihn hier wieder [abmelden](#).